

Forstwirte fordern Finanzausgleich für Wasserentnahme in der Heide

Hanstedt. Seit 30 Jahren läuft der Streit um das kostbare Heidewasser, und jetzt gärt es erneut in der Nordheide: Die Hansestadt Hamburg hatte Anfang der 70er Jahre die Förderung von 37 Millionen Kubikmetern Wasser jährlich beantragt. Im Jahr 1979 hatte sie die Genehmigung für 25 Millionen Kubikmeter erhalten – unter der Voraussetzung einer freiwilligen Selbstbeschränkung, nur 15 Millionen Kubikmeter jährlich zu fördern. Dieser Vertrag mit dem Land Niedersachsen läuft im Jahr 2004 aus. Jetzt geht es darum, unter welchen Bedingungen die Förderrechte verlängert werden sollen. In diesem Zusammenhang beunruhigen die Landwirte ein derzeitiger Großpumpversuch, im dem die Hamburger Wasserwerke (HWW) für jährliche Förderkapazität auf 25 Millionen Kubikmeter hochgefahren haben, und die Planung eines weiteren Wasserschutzgebietes in Nordheide und Vorgeest. Norbert Leben, Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft Egestorf-Undeloh: „Wir brauchen einen Ausgleich über den Wasserpfennig., denn durch die Wasserentnahme wird die Samtgemeinde Hanstedt in einigen Bereichen erheblich benachteiligt. Ob der Ausgleich bei fünf oder zehn Pfennigen pro Kubikmeter geförderten Wassers sind, muss ausgehandelt werden.“ Schon jetzt sind nach Beobachtungen von Land- und Forstwirten einige Bäche trocken gefallen.

Natur- und Landschaftsschutzauflagen beschneiden schon jetzt die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Nutzfläche erheblich. Nicht zuletzt deshalb hatten sich schon vor der ersten Fördergenehmigung zahlreiche Landwirte und Bürger der Interessengemeinschaft Grundwasser Nordheide (IGN) angeschlossen. Sie ist seit Jahrzehnten mit der Problematik befasst und will auch in der neuen Runde weiterhin mitreden, „bevor eine Bewilligung ausgesprochen wird“. So IGN-Sprecher Gerhard Schierhorn aus Hanstedt.

Vertreter der Kreisverwaltung in Winsen, der Bezirksregierung Lüneburg und Fraktionssprecher der politischen Parteien diskutieren jetzt intensiv den neuen Antrag der Hanseaten. Die Federführung dieser Gesprächsrunden hat Schierhorn übernommen, weil er am längsten mit der Materie vertraut ist. Anfang der 70er Jahre hatte die Hansestadt dem Land Niedersachsen zunächst eine jährliche Fördermenge von 37 Millionen Kubikmetern abtrotzen wollen. Damals kam der Deal nur zustande, weil man sich in der Mitte traf: Genehmigt wurden 25 Millionen, tatsächlich gefördert aber nur 15 Millionen Kubikmeter Wasser.

Politiker bezeichnen diese Fördermenge auch weiterhin als realistisch, denn der Wasserverbrauch sei dank Einsparmaßnahmen in der Hansestadt in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Und – so geht aus dem Umweltatlas der Hanseaten hervor – „das erreichbare Einsparpotenzial bei Verbrauchern“ ist noch längst nicht erschöpft. Deshalb gehen die Trinkwasserstrategen davon aus, dass es keinen erheblichen Erschließungsdruck für neue Wasservorkommen geben werde. Um so unverständlicher ist der neue große Durst der Hanseaten nach Heidewasser für die Bewohner in der Nordheide.

Tatsächlich wuchs die Hansestadt Hamburg in den letzten zehn Jahren um gut 100 000 Einwohner, verbrauchte aber statt 136,4 Millionen Kubikmetern Frischwasser im Jahr 1992 nur noch 118,6 Millionen im Vorjahr. Der durchschnittliche Tagesverbrauch pro Einwohner sank in dieser Zeit von 136 auf 119 Liter. In einer internen Studie der HWW wird allerdings mit einer Steigerung des Verbrauchs auf 142 Millionen Kubikmetern bis zum Jahr 2010 gerechnet. Die Frage ist allerdings, ob der Mehrverbrauch allein aus der Nordheide gedeckt

werden muss. Immerhin hat die Hansestadt Hamburg auch noch Trinkwasserreserven auf eigenem Terrain.

Um alle Interessen am runden Tisch vertreten zu sehen, will man den einst gegründeten Arbeitskreis Wasserwerk Nordheide neu beleben. Land- und Forstwirtschaft, Hauseigentümer und Kommunen müssten an einen Tisch, fordert Schierhorn. Aus gutem Grund: Denn auch mit einer Jahrsleistung von 15 Millionen Kubikmetern im Wasserwerk Nindorf ist nach seinen Ausführungen „die Schmerzgrenze erreicht“. Schon bei dieser Fördermenge sei inzwischen der Grundwasserspiegel um 40 bis 60 Zentimeter gesunken. Das habe nicht nur zu Problemen in der Landwirtschaft, sondern auch im Landschafts- und Naturschutz geführt. So seien im Westen die Obere Este und die Seevequelle und im Osten die Toppenstedter Aue beeinträchtigt. Mehrere Bäche seien trocken gefallen. Deshalb fordert Schierhorn moderne Beweissicherungsverfahren, um Ansprüche von Land- und Forstwirten, von Haus- und Teichbesitzern zu dokumentieren.

Ein neues Wasserschutzgebiet, das große Teile der Samtgemeinden Hanstedt und Salzhausen umfasst, wird von den Landkreis-Politikern abgelehnt. Das Verfahren wird derzeit von der Bezirksregierung Lüneburg betrieben und lehnt sich an die noch bis zum Jahr 2004 gültigen Förderrichtlinien der Hamburger Wasserwerke an. Es mache keinen Sinn, dieses Projekt weiter zu verfolgen, wo doch schon in wenigen Jahren eine neue Vertragsgrundlage in Kraft treten müsse, sagen die Heidjer.

Das komme gar nicht in Frage, kontert die Bezirksregierung Lüneburg. Bis zum Abschluß der Verhandlungen über das Wasserschutzgebiet könnten mehrere Jahre vergehen. Die Bezirksregierung wolle sich nicht Vorwurf machen lassen, in dieser Hinsicht untätig gewesen zu sein. Zudem sei ein Wasserschutzgebiet kein starres Gebilde, sondern könne den Ergebnissen des wasserrechtlichen Verfahrens zwischen Niedersachsen und Hamburg angepaßt werden.

In die Bredouille gekommen sind nach Leben inzwischen auch viele Kommunen in Vorgeest und Nordheide: Sie müssen die Abwasserentsorgung neu klären und überlegen, wohin sie mit den Verstorbenen wollen. Denn Friedhofsanlagen in Wasserschutzgebieten dürfen nur bedingt erweitert werden.

Am stärksten betroffen sind jedoch die Land- und Forstwirte. Sie dürfen künftig auch außerhalb von Landschafts- und Naturschutzgebieten ohne Genehmigung nicht einmal mehr eine Weide umbrechen, um darauf Kartoffeln zu ackern. Und diese Frucht ist auf lange Sicht trotz derzeitiger Marktflaute die einzige wirtschaftliche Produktionsperspektive in der Nordheide. Deshalb fordert Leben einen Ausgleich aus dem Topf der Wasserabgabe als Strukturhilfe für die Region. Das Geld müsse vorrangig zur Bewirtschaftungsgestaltung im land- und forstwirtschaftlichen Bereich eingesetzt werden, darüber hinaus müssten auch die Kommunen etwas davon haben. „Wasserschutz und Klimaschutz gehören zusammen, aber sie sind nicht zum Null-Tarif zu haben!“ Lebens Worte haben Gewicht, denn er weiß als Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft und Präsident des Niedersächsischen Privatwaldbesitzerverbandes alle Grundeigentümer hinter sich.

WL-Bauern unzufrieden mit Flächenausgleich:

Jetzt Klage gegen das Land!

Winsen (Luhe). Die Landwirte aus dem Landkreis Harburg sind auch mit der neuen Regelung des Flächenausgleichs unzufrieden und bereiten eine Klage gegen das Land Niedersachsen vor. Der heutige Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke hatte insbesondere den Heidebauern auf ertragsmäßig schlechten Böden seine Suppe eingebrockt, die sein Amtsnachfolger in Niedersachsen, Uwe Bartels, jetzt mit einem Kompomiß hat auszulöffeln versucht. Doch für die Heidebauern ist das nicht genug. Sie gehen aufs Ganze, weil sie auch mit der neuen Regelung gegenüber dem Landesdurchschnitt der einzelnen Ertragsregionen immer noch benachteiligt sind.

Ein entsprechendes Rechtsgutachten kostet um die 80000 Mark und wird derzeit von einem Fachanwalt vorbereitet. Diese Summe hat andere Kreisverbände in der Bezirksarbeitsgemeinschaft Lüneburg der Landvolkverbände von einer Beteiligung abgehalten.

Schon vor einigen Jahren war der Landvolk-Kreisverband Harburg mit Sitz in Winsen (Luhe) in Sachen Flächenausgleich vor Gericht gezogen. Daraufhin mußten die Ausgleichszahlungen neu geregelt werden. Profitiert haben davon auch andere Kreisverbände in der Heideregion, in denen wegen schlecht eingestufte Hektarerträge auch nur geringe Ausgleichszahlungen geleistet wurden.

Landwirt Willi Isermann aus Toppenstedt macht sich stark für die neue juristische Offensive, warb auch auf der jüngsten Versammlung des Beratungsrings Hohe Geest für das Vorhaben. Unter der Regionalisierung des Flächenausgleichs, einst von Funke in Niedersachsen als einzigem Bundesland favorisiert, drohe sich die Heideregion tot zu reiten. In allen anderen Länder gelten einheitliche – und nach Isermann gerechtere – Maßstäbe zum Flächenausgleich.

In Niedersachsen liegt der Landesdurchschnitt der Ertragsregionen bei 53 Dezitonnen je Hektar, im Landkreis Harburg bei nur 47,3 Dezitonnen. Neuerdings gibt's etwas mehr Geld auch für die Landwirte im Winsener Raum, denn jetzt fließt in die Berechnung auch noch die Differenz zum Landesdurchschnitt mit ein. Für Isermann ist das immer noch zu wenig, denn auch nach der neuen Regelung bleibe die Heide gegenüber anderen Regionen im Nachteil. Diese geringfügige Nachbesserung sieht Isermann allenfalls als Teilerfolg, er will mit seinen Berufskollegen jetzt aufs Ganze gehen.

Martin Teske, Journalist (DJV), Wacholderweg 2, 21449 Radbruch

Tel. (04178) 819001 – Fax: 819002 – e-Mail: mteske@jbd.de

Abdruck gegen Belegexemplar und hausübliches Honorar (ohne MwSt). Kürzen nach Belieben.